



Wer bewegt sich zuerst? Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil und SPD-Landeschef Olaf Lies haben gute Aussichten, als Ministerpräsidentenkandidaten ins Rennen zu gehen.



Thomas/dpa

Das Schweigen der Männer

Keiner sagt in Niedersachsens SPD, wer David McAllister herausfordern soll – dabei läuft alles auf Stephan Weil oder Olaf Lies zu

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister macht sich derzeit einen Spaß daraus, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit prominente Sozialdemokraten zu fragen, wen sie denn gegen ihn als Herausforderer in den Ring schicken wollten? Es traue sich anscheinend ja keiner. Bei Thomas Oppermann, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, geriet der CDU-Mann diese Woche allerdings an den Falschen. „Wir schicken den Stephan Weil – und der nimmt dich dann kräftig in die Zange“, gab Oppermann beim Landesfest der Niedersachsen in Berlin dem feixenden McAllister zurück.

Mit dieser launigen Erwiderung ist Oppermann allerdings seiner Partei ziemlich voraus – etwa zweieinhalb Monate. Denn die SPD will erst nach der Kommunalwahl am 11. September entscheiden, wen sie denn nun wirklich ins Rennen um das Ministerpräsidentenamt schicken will, über das vermutlich Anfang 2013 entschieden wird. Stephan Weil, den Oppermann gleichsam im Alleingang am Biertresen zum Herausforderer McAllisters ausgerufen hat, sitzt derweil immer noch in seinem schönen Büro im hannoverschen Rathaus und macht überhaupt keine Anstalten, in die niedersächsische Landespolitik zu wechseln, obwohl er bereits zum virtuellen Angstgegner der regierenden CDU-FDP-Koalition geworden ist.

Dafür, dass die CDU mit Weil rechnet, gibt es Anzeichen, nicht nur launige Anmerkungen des Ministerpräsidenten. So dürfte es kein Zufall sein, dass manche Landesminister in Interviews mehr oder minder gezielt Zweifel an der Professionalität des 52-jährigen Juristen streuen wollen, der als Nachfolger Herbert Schmalstiegs zielstrebig und unaufgeregter seit gut fünf Jahren die 500.000-Einwoh-

nerstadt an der Leine „regiert“. Kürzlich polterte etwa Landesfinanzminister Hartmut Möllring, der Oberbürgermeister habe wohl „seinen Laden nicht im Griff“. Es ging um die Frage, ob die Stadt Hannover bei Einladungen zu bedeutenden Grundsteinlegungen oder Eröffnungen bewusst Landesminister ausspare und nur das eigene Personal in Szene setze.

Aber so sehr auch der hannoversche Oberbürgermeister von der CDU oder auch den Medien zu einer Aussage über seine konkreten Zukunftspläne gefragt wird – er schweigt. Bestenfalls ein „ich fühle mich sehr wohl im Rathaus“ ist ihm zu entlocken. „Vermutlich weiß Stephan Weil selbst noch nicht, was er will. Aber wenn ihn die Partei ruft, wird er kommen“, sagt ein politischer Vertrauter.

Bloß keinen Kandidaten „verbrennen“, sagt der Vorsitzende.

Weil ist nicht der Einzige, der sich ins Kartell des Schweigens reiht. Auch Olaf Lies, 44 Jahre alt und vor knapp einem

Jahr als neuer SPD-Landesvorsitzender einem bis dahin einzigartigen Personalcasting entstieg, schweigt zu der MP-Herausfordererfrage. So ist es abgesprochen, und Lies hält sich als Parteivorsitzender natürlich strikt daran, obwohl ihm „der Ehrgeiz, gegen McAllister anzutreten, aus jedem Knopfloch strahlt“, wie ein Landtagskollege durchaus anerkennend meint.

„Die SPD hat sich auf einen klaren Zeitplan verständigt: Erst wollen wir die Kommunalwahl erfolgreich meistern, dann klärt sich alles andere“, sagt Lies. Man habe sich bewusst gegen die sonst gepflegten „Kungelrunden“ entschieden und wolle den Herausforderer in einem transparenten Verfahren küren. Sich jetzt auf einen Kandidaten zu einigen – etwa durch eine Absprache der vier SPD-Betriebsvorsitzenden – würde den Auserkorenen schnell „verbrennen“ und, was für Lies noch wichtiger ist, „würde die Partei nicht mitnehmen“. Der gelernte Elek-

troingenieur aus Sande bei Wilhelmshaven hält viel von Mitgliederbeteiligung. So haben die Mitglieder ihn letztlich auf den Posten des Landesvorsitzenden kaspultiert, obwohl er erst seit acht Jahren in der SPD ist.

Das Casting bestand in einem Auswahlverfahren vor zehn Regionalkonferenzen. Hier obsiegte Lies im vergangenen Jahr gegen den Landtagskollegen Stefan Schostok, obwohl der aus dem mitgliederstarken Bezirk Hannover kommt. Damit die wichtigen Hannoveraner nicht zu kurz kommen, beschloss man eine Ämterteilung. Schostok bekam den Posten des Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Lies den Landesvorsitz – und damit eigentlich das ungeschriebene Recht des Landesvorsitzenden, einen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl zu benennen. Wenn er denn nicht selbst antreten wollte. Aber hierzu befragt, beißt sich Lies auf die Zunge und schickt sein gewinnendes Lächeln hinterher, das auch vor Kameras gut rüberkommt.

„Im Grunde ist der Lies ein Typ wie McAllister“, sagt ein anderer, einflussreicher Genosse: „Ein gut gelaunter Womaziner, der sympathisch rüberkommt.“ Aber Schostok habe mehr Tiefgang, sagt der Parteifreund noch, der „natürlich“ ungenannt bleiben will. Wie derzeit, „wo die Dinge im Fluss sind“, überhaupt ungenannt viele andere Genossen ungenannt bleiben wollen.

Immerhin: Diesmal, so sagen viele, werde nicht nach der üblichen Bezirkslogik entschieden, wo sich in früheren Zeiten immer die kleineren Bezirke Weser-Ems, zu ihm zählt Lies, und Braunschweig zusammengeslossen haben, um gegen die mächtigen Hannoveraner zu siegen. So wurde Sigmar Gabriel, ein Braunschweiger, Ministerpräsident. So wurde Garrelt Duin, ein Ostfrieser, SPD-Landesvorsitzender, bis er sich selbst entthronte. „Die Bezirksdiskussion findet sich sicher auf einem Parteitag wieder, aber nicht in den Köpfen der 65.000 Mitglieder“, sagt Olaf Lies – eine Meinung, die sein ehemaliger



Außenseiterchancen? Stefan Schostok (Bild oben) und Hubertus Heil. Decker/dpa



Kontrahent Schostok teilt. Auch wenn die beiden längst nicht mehr ständig im Duo öffentliche Auftritte absolvieren, sondern im Landtag schon genau auf die Kleiderordnung achten, ist der Fundus öffentlich geäußelter Überzeugungen erstaunlich groß.

„Wir haben jetzt eine ganz andere Gesprächskultur zwischen den Bezirken“, sagt Schostok, während Lies betont, dass man bei der Kandidatenkür ein „absolut sauberes Verfahren“ finden müsse. Bei zwei Kandidaten könnte es, so der derzeitige Stand, auf eine Urwahl herauslaufen. „Nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins“, sagt Lies. „Aber das Verfahren kommt als zweites, wichtiger ist es, unsere Themen nach vorne zu bringen“, sagt Schostok. Natürlich schweigt auch er,

„Das darf kein Greenhorn sein“, mahnt der Gewerkschafter.

Fragen zu antworten.

Dass er, ein kluger, aber eher nach innen gerichteter Typ, selbst als möglicher Herausforderer antritt, gilt als unwahrscheinlich – „nur für den Fall, dass Stephan Weil partout nicht will“, heißt es in Hannover. „Der ist gut als Chef der Staatskanzlei, als einer, der strategische Linien aufbaut“, sagt ein anderer Genosse.

Strategische Linien bauen derzeit wohl alle auf. Auch der Braunschweiger Bezirksvorsitzende Hubertus Heil, einst Generalsekretär der Bundes-SPD und damit so bekannt, dass er in einer NDR-Umfrage ganz vorne landete. Angesichts dieser Umfragewerte habe Heil Blut geleckt, heißt es. Doch in Hannover gibt es viele Vorbehalte gegen den Mann aus Peine. Er verkörpere „zu sehr den Typus des Berufspolitikers“. Dass Heil, ein geübter Netzwerker, sich jetzt öfter in Hannover zeige und hier und da ins Gespräch bringe, könne heißen, dass er in einem SPD-

Landeskabinett etwas werden wolle, vielleicht Wirtschaftsminister, meint ein anderer – natürlich auch einer, der ungenannt bleiben will.

Jeder pflegt in einer ungeklärten Lage halt die Kontakte auf seine Weise. Olaf Lies reist durch die Lande, startet kommende Woche sogar eine Sommerreise. 100 Ortsvereine in zwei Jahren wolle er besuchen, hat er vor einem Jahr als frisch gewählter Landesvorsitzender verkündet. Bereits in diesem Jahr hat er dieses Pensum erfüllt. „Wofür er diese Strapazen auf sich nimmt, ist doch klar“, sagt ein erfahrener Genosse, der auf ein „Duell“ Lies gegen Weil setzt – vorausgesetzt, die SPD in Hannover fährt bei der Kommunalwahl ein gutes Ergebnis ein. „Dann steigt der Druck auf Weil, das Amt anzutreten, obwohl er eigentlich im Rathaus zufrieden ist.“ Denn der Jurist sei keineswegs vom Ehrgeiz getrieben und habe sich, auch durch seine Ämter auf

Bundesebene (etwa als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik), ein Spielfeld jenseits von Hannover geschaffen. „Der gehört doch mittlerweile zur Edeldreserve der Partei“, meint das SPD-Vorstandsmitglied – eine Meinung, die auch von Gewerkschaftern geteilt wird. Zumindest in Hannover neigen sie eher Weil als Lies zu, obwohl der doch aus der Gewerkschaft verdrängt kommt. „Der Kandidat darf kein Greenhorn sein, sondern muss Erfahrung im Umgang mit großen Organisationen haben, er muss führen können und gleichzeitig soziale Kompetenz besitzen“, heißt es in Gewerkschaftskreisen. Er müsse eine „natürliche Autorität“ haben. Schließlich sei der Zeitpunkt in Niedersachsen günstig für einen Regierungswechsel. So günstig, dass ein Sozialdemokrat auch den SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel beim Oberbürgermeister im hannoverschen Rathaus gesehen haben will. Man kann ja nie wissen.

Was geschah wirklich in Suite 2806?

Dominique Strauss-Kahn von dem Vergewaltigungsvorwurf freigesprochen werden, steht seiner Rückkehr in die französische Politik nichts mehr im Weg

VON STEFAN KOCH

New York. Diese Geschichte würde zu der Stadt der Superlative zu passen. Einer der mächtigsten Finanzexperten der Welt kommt in New York hinter Gittern, sieht sich schweren Vergewaltigungsvorwürfen ausgesetzt – und könnte nach einer monatelangen Tortur doch noch zum Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich antreten. Noch ist es nicht so weit, und der ehemalige IWF-Chef ist nicht freigesprochen. Aber unmöglich scheint selbst eine Kandidatur Dominique Strauss-Kahns für die Präsidentschaft in Frankreich 2012 seit gestern nicht mehr zu sein. Die Staatsanwaltschaft in Manhattan stimmte am Freitag überraschend dem Antrag zu, den 62-Jährigen unter Auflagen aus dem Hausarrest zu entlassen.

In der Nacht zum Freitag sickerten die ersten bizarren Details durch, die dem spektakulären Verfahren eine völlig neue Wendung geben. Das Zimmermädchen, das den Chef des Internationalen Währungsfonds wegen Vergewaltigung Mitte Mai angezeigt hatte, erscheint der Staatsanwaltschaft offenbar nicht mehr als glaubhaft. Die „New York Times“ berichtete gestern aus Justizkreisen, dass die Klägerin womöglich in kriminelle Machenschaften verwickelt sei. In einem Telefonat wenige Stunden nach der Begegnung mit Strauss-Kahn soll sie mit einem inhaftierten Drogendealer darüber gesprochen haben, wie sie möglichst viel Geld aus dem Vorfall herauszuschlagen könnte. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sollen zudem ergeben haben, dass die Frau, die 2002 aus dem westafrikanischen Guinea eingereist war, auf diversen Bankkonten insgesamt 100.000 US-Dollar besitzt.

Die Juristen wurden gestern außerdem mit der Bemerkung zitiert, dass die



Erleichtert: Dominique Strauss-Kahn und seine Frau Anne Sinclair gestern in New York. dpa

32-Jährige in dem bisherigen Verfahren mehrfach gelogen haben soll. Benjamin Braffman, Anwalt von Strauss-Kahn, sagte vor dem Gerichtstermin am Freitag dem „Wall Street Journal“: „Die Staatsanwaltschaft und wir werden schwerwiegende Argumente gegen die Glaubwürdigkeit der anklagenden Zeugin vorbringen.“ Ursprünglich wollte sich die Justiz erst in zwei Wochen wieder mit Fall beschäftigen.

Bislang wurde die Frau zumeist als alleinstehende Mutter dargestellt, die mit ihrem Lohn als Zimmermädchen lebst und sich und ihr Kind durchbringt. Laut „New York Times“ sagte sie, die Einzahlungen in Höhe von 100.000 Dollar seien von einem Freund ohne ihr Wissen gemacht worden. Sie wisse auch nichts über monatliche Telefonrechnungen in Höhe von Hunderten Dollar. Strauss-Kahns Anwälte sprechen hingegen bereits davon, dass die gesamte Anklage in sich zu-

sammenbrechen werde. Sie hatten nach US-Medienberichten Detektive auf die Frau angesetzt, um dunkle Flecken in ihrem Lebenslauf zu finden – offenbar mit Erfolg.

Das vermeintliche Opfer hatte erklärt, dass sie der Wirtschaftsprüfer im New Yorker Luxushotel Sofitel in Suite 2806 am 14. Mai zu sexuellen Handlungen gezwungen hätte. Als sie die Suite betreten habe, sei der prominente Gast nackt aus dem Bad gestürzt und regelrecht über sie hergefallen. Tatsächlich wurden an ihrer Kleidung Spermaspuren entdeckt. Dagegen betonen die Verteidiger, dass der Sex einvernehmlich war.

Strauss-Kahn wurde noch am selben Tag im Flugzeug festgenommen, das direkt vor dem Abflug nach Paris stand. Nachdem der Franzose sechs Millionen Dollar an Kautions hinterlegte, durfte er in den vergangenen Wochen in einem Privathaus in Manhattan wohnen. Die Si-

cherheitsmaßnahmen, darunter Fußfesseln und Überwachungskameras, kosteten ihn mehr als 200.000 Dollar monatlich.

Damit ist es jetzt vorbei: Strahlend und mit der rechten Hand auf der Schulter seiner Frau verließ er gestern das Gerichtsgelände. Zuerst bemühte er sich noch um einen ernsten Gesichtsausdruck, dann lächelte er. Auch seine Frau zeigte sich sichtlich erleichtert.

Die amerikanischen Medien überboten sich gestern mit Spekulationen über das schnelle Ende des Strafverfahrens. Dass die millionenschwere Kautions zurückerstattet werde und sich der Angeklagte wieder frei innerhalb der USA bewegen dürfe, sei ein Indiz, dass sich die Staatsanwaltschaft ihrer Sache nicht mehr sicher sei – nachdem sie zunächst „felsensfest von der Täterschaft überzeugt war“.

Wegen dieser schweren Vorwürfe war der renommierte Finanzexperte als Chef des Internationalen Währungsfonds zurückgetreten. Der 62-Jährige galt bis zu seiner Verhaftung zudem als einer der aussichtsreichsten möglichen Kandidaten der Sozialisten für den Präsidentschaftswahlkampf im Frühjahr 2012. Nun sehen Parteifreunde Chancen für seine zügige Rückkehr in die französische Politik. Trotz des medialen Dauerfeuers gilt „DSK“, wie er von Bekannten genannt wird, noch immer als einer der beliebtesten Politiker seines Landes.

Bemerkenswert sind auch die Reaktionen in der Washingtoner Zentrale des IWF. Eine langjährige Mitarbeiterin, die mit Strauss-Kahn persönlich zusammenarbeitete, sagte gestern dieser Zeitung: „Wir sind wie von einem Albtraum befreit. Sicherlich: Unser früherer Chef ist bekannt als Charmeur. Aber dass diese Vorwürfe der Wahrheit entsprechen, konnten wir uns nicht vorstellen.“

Für den 62-jährigen Franzosen, der bis

vor sechs Wochen zu den mächtigsten Männern der Welt gehörte, war der gestrige Tag ein erster Triumph. Doch noch stehen die Anklagepunkte unverändert im Raum, zumindest juristisch. „Das Verfahren ist nicht vorbei“, schärfte die Staatsanwaltschaft dem Franzosen ein. Und der Anwalt des angeblichen Vergewaltigungsopfers kündigte an, seine Mandantin werde sich jetzt selbst zu dem Vorfall am 14. Mai in einer New Yorker

„Wir hatten recht“

VON AXEL VEIEL

Paris. Sie sind wieder da. Selbstbewusst hoben die Gefolgsleute Dominique Strauss-Kahns gestern in Paris das Haupt. Ihr vom Sockel gestürzter Held, der Mitte Mai vom möglichen Nachfolger des französischen Staatschefs Nicolas Sarkozy zum mutmaßlichen Sexualverbrecher mutiert war, scheint das zu sein, was damals alle gehofft, aber angesichts der vermeintlich erdrückenden Beweislast zuletzt kaum noch gesagt hatten: das Opfer krimineller Machenschaften.

„Habt ihr gesehen, wir hatten recht“, verkündet die sozialistische Senatorin und Strauss-Kahn-Getreue Catherine Tasca. Und der Abgeordnete Jean-Christophe Cambadélis, auch er ein Anhänger von „DSK“, wie die Franzosen den früheren Wirtschaftsminister nennen, sagt: „Wir haben das Lachen wiedergefunden.“

Angesichts der Nachricht, dass angebliche Vergewaltigungsopfer Strauss-Kahns stehe mit New Yorker Verbrecherkreisen in Verbindung, kramen „DSK“-Gefolgsleute die These vom Komplott wieder hervor. Für Michele Sabban, Vizevorsitzende des Regionalrats des Großraums Paris,

„kann es kein Zufall sein, dass den früheren IWF-Chef entlastende Informationen unmittelbar nach der Ernennung der Nachfolgerin Christine Lagarde publik werden“. Die Staatsanwaltschaft in New York habe das Entlastungsmaterial schon lange gekannt, glaubt Sabban und ruft die Genossen dazu auf, Konsequenzen zu ziehen. Die Urwahl, in der die Sozialisten bis Mitte Oktober ihren Spitzenkandidaten für die Präsidentschaftswahl 2012 küren wollen, müsse ausgesetzt werden, Strauss-Kahn Gelegenheit bekommen, sich angemessen einzubringen.

Andere Genossen, die im Präsidentschaftsrennen Strauss-Kahns Platz eingenommen haben, reagierten verhaltener. „Ich hoffe von ganzem Herzen, dass die amerikanische Justiz die Wahrheit feststellt und Dominique Strauss-Kahn aus seinem Albtraum erwachen darf“, sagte die PS-Vorsitzende Martine Aubry. Zur Frage, ob es angesichts der möglichen Rückkehr des Favoriten nicht ratsam sei, die Urwahl zu verschieben, sagt die Parteichefin nichts. Am Dienstag erst hatte sich Aubry aus der Deckung gewagt, sich als Herausforderin Sarkozys präsentiert und ihre Kandidatur angekündigt.